

Ehrenwerte Herren

von Jürgen Beck

Die Wunden des letzten Finanzskandals sind noch nicht geleckt, schon spüren wir das nächste Ungemach. Gerade wurde das Urteil über den Finanzjongleur Staggl gesprochen – sechseinhalb Jahre Haft, ein sehr mildes Urteil nach meiner Auffassung, wenn man bedenkt, dass das Vertrauen in den Finanzplatz Liechtenstein durch Staggl's Machenschaften stark erschüttert wurde. Vergleicht man das Urteil mit dem Urteil gegen den Landtagsabgeordneten Frank Konrad, der wohl im Übereifer und Wahlkampfieber etwas leichtfertig mit einem Abstimmungsresultat im Vaduzer Gemeinderat vor drei Jahren hausieren ging und dafür 60 Tagessätze bedingt einfiel – dann könnte man erst recht an der Verhältnismässigkeit der Gerichtsurteile zweifeln. In seiner Funktion als Landtagsabgeordneter hätte Frank Konrad das Amtsgeheimnis nicht verletzen können, als Gemeinderat und Bürgermeisterkandidat aber schon. Da darf oder muss man sich doch fragen, wie das zusammenpasst. Nun, ich bin kein Richter, und das ist wohl auch gut so.

Es ist müssig, über Strafmassbemessungen zu diskutieren, wenn es nur so kracht im Gebälk. Weder Gesetze, Verurteilungen, noch Kon-

trollbehörden vermögen anscheinend Skandale um den Finanzplatz Liechtenstein zu verhindern.

«Liechtenstein gerät tief in Venezuela-Sumpf – Union Bank im Sturm, Strafuntersuchung gegen Präsidenten und Mehrheitseigner – Auch Landesbank involviert – Panik im Ländle.» Das war am 27. Juli auf insideparadeplatz.ch zu lesen. Liechtenstein drohe der grösste Rufschaden seit Jahren.

Weder Gesetze, Verurteilungen, noch Kontrollbehörden vermögen anscheinend Skandale um den Finanzplatz Liechtenstein zu verhindern.

Kurz zusammen gefasst geht es um vermutlich korrupte Venezuela-Beamte und deren Helfer, die mit offiziell zulässigen Lebensmittel-Hilfsaktionen fürs venezolanische Volk via die dafür zuständige staatliche Corpovex Millionen-Vermögen abgezweigt haben sollen. Es besteht der dringende Verdacht, dass eben solche Gelder über Liechtenstein gewaschen werden sollten.

Das Brisante daran ist aber auch, dass nicht nur die Vaduzer Union Bank, eine eher kleinere Bank, betroffen ist. Die venezolanischen Kunden waren eben nicht nur bei dieser Bank Kunden, sondern auch bei der Liechtensteinischen Landesbank. «Unserer» Bank.

Das hat dann doch das Potential, zum Finanzskandal oberster Grössenordnung zu werden. Die Bankenaufsicht spreche nicht nur von einem bedeutenden Schaden, sondern auch davon, dass der Fall spürbare negative Folgen für den Finanzplatz Liechtenstein haben könnte, so insideparadeplatz.ch.

Wir dürfen gespannt sein, was sich da noch alles ergeben wird und vor allem, welche liechtensteinischen Persönlichkeiten in die Sache verwickelt sind.

So traurig es klingt, es stellt sich eigentlich nur die Frage, wann uns der nächste Skandal vor der Türe steht? Vermutlich ist der nächste Skandal schon in der Pipeline. Diese ehrenwerte Gesellschaft kotzt mich langsam an. Diejenigen, die unser Land aus lauter Gier immer wieder in Verruf bringen, sollten doch bitte das Land verlassen. Wir brauchen sie nicht.

Wussten Sie...

...dass am 19. Juli drei Liechtensteinische Delegierte nach New York geflogen sind, um den UNO-Nachhaltigkeitsbericht zu präsentieren?

Wussten Sie auch, dass wir eigentlich genau zu diesem Zweck vor Ort eine UNO Botschaft mit hervorragendem Personal hätten?

Wussten Sie ebenfalls, dass der Verein für Menschenrechte mit ihrer Vizepräsidentin Teil der Delegation war, die nach eigenen Angaben die Zivilgesellschaft aus Liechtenstein vertritt?

Wussten Sie auch, dass der Verein für Menschenrechte erst vor eineinhalb Jahren gegründet wurde?

Wussten Sie, dass sich der Verein für Menschenrechte für den UNO Migrationspakt stark gemacht hat?

Wussten Sie, dass das grösste UNO-Hilfswerk, die UNRWA, das Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge, über 30'000 Mitarbeiter beschäftigt und über ein Budget von über 1.1 Milliarden US\$ verfügt?

Wussten Sie auch, dass ein interner Untersuchungsbericht schwere Vorwürfe gegen das Hilfswerk erhebt: Missmanagement, Machtmissbrauch, sexuelles Fehlverhalten, Vetternwirtschaft, Diskriminierung, tyrannischer Führungsstil und anderes mehr (vgl. NZZ, 30.07.2019 online)

Wussten Sie auch, dass die Schweiz deshalb alle Zahlungen an die UNRWA vorläufig eingestellt hat?

Wussten Sie, dass die FBP ihrer Regierungsrätin Aurelia Frick die Amtszeit von zwei auf drei Perioden verlängert hat, dass aber genau diese FBP ihr Anfang Juli das Vertrauen entzogen hat.

Die «Bewegung für politischen Anstand» setzt sich für einen respektvollen Umgang in der Politik, Ehrlichkeit, eine Rückkehr zur Sachpolitik und einen verantwortungsvollen Umgang mit Geldern ein. Sie ist überparteilich und ohne Rechtsform.

Anstandsdame

Die Sondersitzung des Landtags am 2. Juli, die gemäss Tagesordnung nur einem Traktandum gewidmet war, nämlich der «Analyse der Geschäftsprüfungskommission des Landtages zu den vom Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur über die Konten "Experten, Gutachten und Öffentlichkeitsarbeit" und „Reisespesen/Repräsentationen“ getätigten Ausgaben», führte, wie wir alle wissen, zur Absetzung von Regierungsrätin Aurelia Frick. Dem Misstrauensantrag wurde im Landtag mit grosser Mehrheit, mit 21 Stimmen bei 23 Anwesenden, zugestimmt. Viel eindeutiger können Entscheide der Volksvertretung kaum ausfallen. Doch es gibt offensichtlich etliche Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner, die sich von diesem Landtag nicht vertreten fühlten. Der Ruf nach Neuwahlen war laut und deutlich – aber auch etwas hilflos und unbedarft.

Die Hauptakteure, die nach Neuwahlen riefen, brachten es nicht auf die Reihe. Anstatt Unterschriften für eine entsprechende Initiative zu sammeln, wurden ein paar Sitzungen abgehalten und eine, wie's aussieht, eher regungslose, «Bewegung für politischen Anstand» gegründet. Die «Zielsetzung» dieser Bewegung kann man auf anstand.li nachlesen.

«Die «Bewegung für politischen Anstand» setzt sich für einen respektvolleren Umgang in der Politik, Ehrlichkeit, eine Rückkehr zur Sachpolitik und einen verantwortungsvollen Umgang mit Geldern ein. Sie ist überparteilich und ohne Rechtsform.»

Was könnte das bedeuten?

«**Respektvollerer Umgang in der Politik?**

Respektvoller als wer oder was?

«**Ehrlichkeit?**

Wer war unehrlich: Die Geschäftsprüfungskommission? Der Landtag?

«**Rückkehr zur Sachpolitik?**

Wie viele «Sachen» müsste die GPK aufführen oder in einen 250-seitigen Bericht stecken, damit auch die «Anständigen» merken, dass es um ein paar konkrete Sachen ging und nicht um eine Aurelia oder einen Aurelio?

«**Verantwortungsvoller Umgang mit Geldern?**

Wem sagen die Anständigen das?

Die «Bewegung für politischen Anstand» sei überparteilich und ohne Rechtsform. Wie soll man das verstehen? Die Anständigen sehen sich anscheinend als politische Bewegung, die sich aber nicht auf den Niederungen der (Partei-)Politik bewegen will.

Die «Bewegung für politischen Anstand» will keine Rechtsform haben? Sie will sich um den Anstand in der Politik bzw. in gesellschaftlichen Angelegenheiten kümmern, will aber keine Rechtsform. Die «Bewegung» will also kein Verein, keine Partei sein. Aber wenn sie sich um den Anstand in der Politik Sorgen macht, diese Bewegung, was ist sie dann?

Einfach eine Anstandsdame?

Wie zerschneiden wir den gordischen Verkehrsknoten?

von Ado Vogt

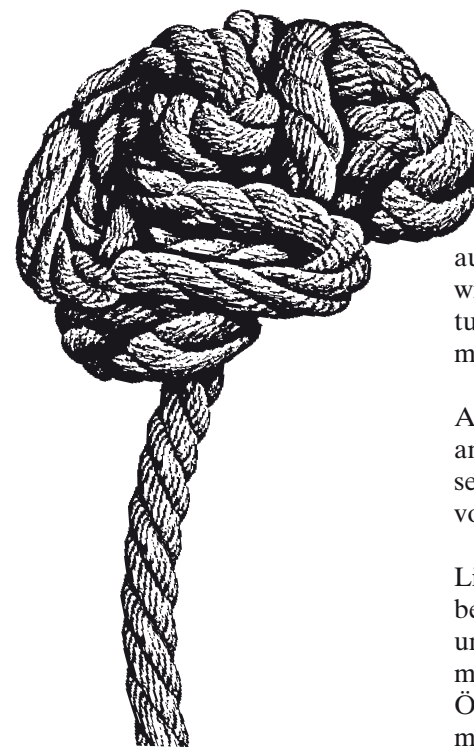
Der Verkehr ist ein Dauerthema der liechtensteinischen Politik.

Durch die starke Industrialisierung, übrigens eine der höchsten weltweit, sind wir zu einem hoch entwickelten und einem der vermögendsten Staaten der Welt aufgestiegen. Die Einnahmen aus der Wirtschaft ermöglichten uns den Ausbau der Sozialwerke, der Infrastruktur des Gesundheitswesens und der Bildung.

Mit einer starken wirtschaftlichen Entwicklung kommt natürlich auch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, ganz einfach darum, weil die Arbeitnehmer irgendwie zur Arbeit gelangen müssen. Die Güter, die unsere Wirtschaft produziert, müssen physisch zu den Kunden gelangen. Die Vorprodukte des Gewerbes können ebenfalls nicht per Datenübertragung versandt werden.

Dass ein hochentwickeltes Land wie unseres auch eine grosse Aufgabe hat, was die Mobilität seiner Bewohner betrifft, ist nicht aussergewöhnlich, sondern einfach normal. Der Verkehr ist eine Aufgabe, die sich dem Staat bzw. der Politik täglich stellt.

Liechtenstein hätte aufgrund der Kleinheit und des ansehnlichen Vermögens die Möglichkeit, in der Verkehrspolitik einen grossen Wurf zu machen. Aktuell betreiben wir aber nur «Pflasterpolitik», eine Busspur hier, ein Kreisell da, eine Strassensperrung dort. Auch die S-Bahn ist keine Lösung für die Aufgabe, die sich Liechtenstein in Sachen Verkehr unbestritten stellt. Für viel Geld bekommt man wenig Verkehr von der Strasse.



Warum sind wir in Liechtenstein im Vergleich so zaghaft? Was hält uns davon ab, mutige Verkehrslösungen zu planen und auch zu realisieren? Liechtenstein wird viel in die Verkehrsinfrastruktur investieren müssen. Da kommen wir gar nicht drum herum.

Also täte die Politik doch gut daran, den Tatsachen in die Augen zu sehen und die Verkehrsproblematik vorausschauend anzupacken.

Liechtenstein könnte und sollte das bestehende Strassennetz ausbauen und optimieren, könnte und sollte mehr in den Schienenverkehr und ÖV investieren, könnte und sollte mehr für die Radfahrer und Fussgänger tun.

Wir werden aber nirgendwo hinkommen, wenn wir weiterhin den einen Verkehrsträger gegen den anderen ausspielen.

Mit einer umfassenden innovativen Verkehrspolitik könnten wir ein wichtiges Problem für die nächste Generation lösen.

Die Mittel haben wir, der Mut scheint uns aber zu fehlen.

Wichtig ist, nicht einen Verkehrsträger gegen den anderen auszuspielen. Die Politik wird beim Volk nicht die notwendige Unterstützung für eine substanzielle Investition bekommen, wenn Bus gegen Auto oder Auto gegen Velo ausgespielt wird.

Jeder Verkehrsträger hat seine Berechtigung.

Wir sollten den Mut haben, alle Verkehrsträger in einer umfassenden Lösung zu berücksichtigen.

Wieso nicht eine reine Transitroute vom Schaanwald unter dem Schellenberg bis zur Schweizer Autobahn graben? Feldkirch macht es uns doch vor: Mit der geplanten Tunnelspinne wird der Durchgangsverkehr aus der Stadt rausgenommen. Feldkirch, ganz Voralberg wird von dieser grossen Investition in die Verkehrsinfrastruktur profitieren.

Impressum

«hoi du», Zeitung des Vereins
«du – die Unabhängigen»
Redaktion: Pio Schurti
Adresse: du – die Unabhängigen
Landstrasse 60
Postfach 442
9490 Vaduz
www.du4.li, info@du4.li
Auflage: 19'850 Exemplare

VERANTWORTUNG (tragen und übernehmen)

von Harry Quaderer

Es sind schon bald zwei Monate ins Land gezogen, seit die Abgeordneten der Unabhängigen in einer Pressemitteilung der Regierungsrätin Aurelia Frick den Rücktritt nahegelegt haben.

Ein Rückblick

Liechtensteiner Volksblatt, 14. Juni 2019

VADUZ - Die Unabhängigen (DU) fordern den Rücktritt von Regierungsrätin Aurelia Frick. Dies teilten die Abgeordneten Peter Wachter, Ado Vogt, Jürgen Beck und Harry Quaderer am Freitag mit.

Die Abgeordneten der DU seien klar der Ansicht, dass Regierungsrätin Aurelia Frick die Verantwortung für dieses skandalöse Gebaren ihrerseits sowie ihres Generalsekretärs zu übernehmen hat. Verantwortung zu übernehmen, bedeute in der Politik den Rücktritt zu erklären, heisst es in der DU-Mitteilung.

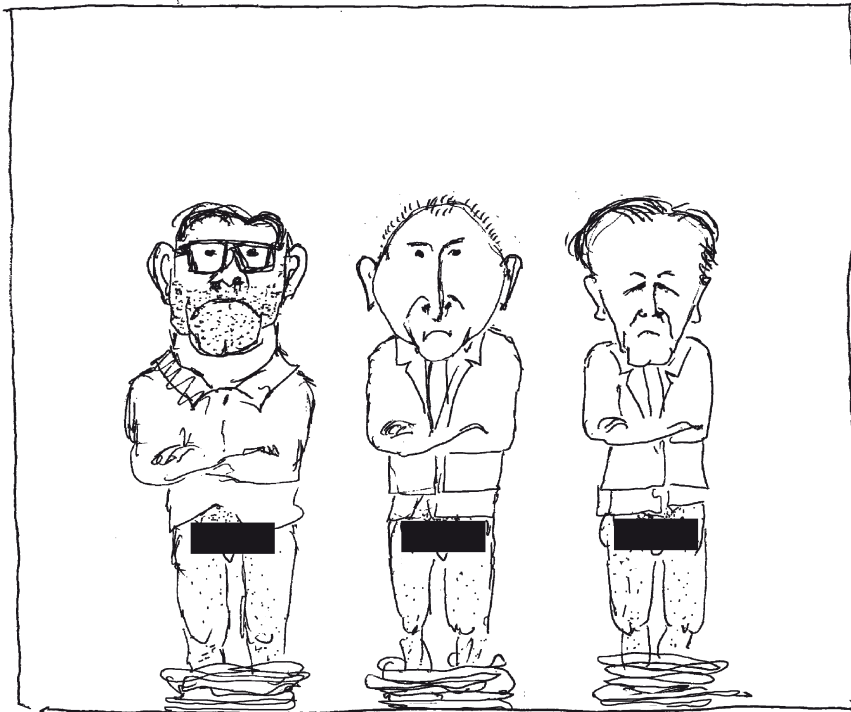
«Die Pressemitteilung der GPK bringt klar zum Ausdruck, dass Regierungsrätin Frick trotz mehreren Aufforderungen nicht bereit war, gegenüber dem Steuerzahler, Landtag, der GPK und der Finanzkontrolle Transparenz für die mehr als undurchsichtigen Rechnungen und Ausgaben ihres Ministeriums zu schaffen», so die Abgeordneten Peter Wachter, Ado Vogt, Jürgen Beck und Harry Quaderer. «Erst am Donnerstag, eine Woche nach dem Landtag, gewährte sie der GPK Einsicht in detaillierte Kostenlisten, die bei Auftragnehmern wieder beschafft werden mussten, da die Originale geschwärzt, gescannt und dann vernichtet worden waren.»

«Der GPK gebührt Dank, dass sie mit ihrer Pressemitteilung klar erkennen lässt, dass die von Aurelia Frick an den Tag gelegte Führung ihrer Ministerien nicht mehr tragbar ist», führen die DU-Abgeordneten weiter aus. «Akten zu vernichten ist nicht nur skandalös, sondern unseres Erachtens betrügerisch. Auf jeden Fall erachten wir die skandalösen Vorfälle für Grund genug, Verantwortung zu übernehmen und dies damit zu beweisen, dass die Ministerin den Hut nimmt.»

Verantwortung? Politische Verantwortung?

Wie definiert sich «politische Verantwortung»? Da gibt es wohl verschiedene Interpretationen und auch Definitionen, für mich aber liesse sich «Verantwortung» im Sinne eines Zitats von Otto von Bismarck erklären: «Es gibt keine Handlung, für die niemand verantwortlich wäre.» Oder so drückte es Antoine de Saint-Exupéry aus: «Mensch sein heisst verantwortlich sein.»

Verantwortung bedeutet natürlich auch Respekt und Anerkennung. Geht es da wirklich nur um Autorität und Macht oder vielleicht auch



Sensible Stellen wurden auf Geheiss «von ganz oben» teilweise geschwärzt.

darum, sich unbequemen Fragen zu stellen und diese dann zu beantworten?

Gerne möchte ich mit etwas Distanz rund um die Absetzung von Aurelia Frick die Beweggründe, die mich dazu brachten, einen Misstrauensantrag einzubringen, nochmals kurz Revue passieren lassen.

Art. 80 Absatz 2) Landesverfassung «Verliert ein einzelnes Regierungsmitglied das Vertrauen des Landesfürsten oder des Landtages, dann wird die Entscheidung über den Verlust der Befugnis zur Ausübung seines Amtes zwischen Landesfürst und Landtag einvernehmlich getroffen. Bis zur Ernennung des neuen Regierungsmitgliedes hat der Stellvertreter die Amtsgeschäfte fortzuführen.»

Aus hohlem Bauch?

Stellt man eine Rücktrittsforderung aus hohlem Bauch? Aus politischem Kalkül? Wohl kaum. Die «Berater-Affäre», wie sie von der heimischen Presse genannt wurde, nahm ihren Anfang im Februar dieses Jahres. Wie in den Jahren zuvor forderte die Geschäftsprüfungskommission des Landtages (GPK) von der Regierung eine Auflistung der Kosten für Gutachten im Jahr 2018. Regierungschef Hasler übermittelte die gewünschte Kostenaufstellung zu «Experten, Gutachten, Öffentlichkeitsarbeit, Finanzplatzentwicklung und Finanzplatzregulierung» an die GPK. In ihrer April-Sitzung stellte die GPK fest, dass das Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur das Budget massiv überschritten hatte. Die GPK forderte die Ministerin Aurelia Frick auf, der GPK Rechenkopien zukommen zu lassen.

Das war der Anfang vom Ende.

GPK nahm ihren Auftrag wahr

Was sagt das Gesetz?

Gesetz vom 12. März 2003 über den Geschäftsverkehr des Landtages

mit der Regierung und die Kontrolle der Staatsverwaltung (Geschäftsverkehrs- und Verwaltungskontrollgesetz; GVVKG)

Art. 26

1) Bei der Kontrolle des Finanzhaushaltes hat die Geschäftsprüfungskommission das uneingeschränkte Recht, jederzeit in die mit dem Finanzhaushalt im Zusammenhang stehenden Akten Einsicht zu nehmen und von allen Behörden, Stellen und Kommissionen der Staatsverwaltung zweckdienliche Auskünfte zu verlangen.

2) Für besondere Prüfungen und Untersuchungen ist der Geschäftsprüfungskommission vom Landtag das nötige Personal zur Verfügung zu stellen; sie kann Sachverständige beiziehen

Auch die Finanzkontrolle nahm ihren gesetzlichen Auftrag wahr

Was sagt das Gesetz:

«Als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht unterstützt die Finanzkontrolle gemäss Finanzkontrollgesetz sowohl den Landtag bzw. die Geschäftsprüfungskommission bei der Wahrnehmung ihrer verfassungsmässigen Finanzkompetenzen sowie ihrer Oberaufsicht über das öffentliche Finanzgebaren und die öffentliche Rechnungslegung als auch die Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktion. Die Finanzkontrolle übt ihre Tätigkeit im Rahmen des Finanzkontrollgesetzes selbständig und unabhängig aus. Sie legt jährlich das Revisionsprogramm fest und bringt dieses nach Anhörung der Geschäftsprüfungskommission der Regierung zur Kenntnis.

Die Aufgaben der Finanzkontrolle beinhalten:

- die Prüfung der Landesrechnung,
- die Prüfung des Finanzgebarens und der Rechnungslegung:
 - der Amtsstellen,

- der Datenschutzstelle,
- des Parlamentsdienstes,
- der Gerichte, soweit sich die Finanzaufsicht ausschliesslich auf die Justizverwaltung bezieht,
- der öffentlichen Unternehmen, sofern dies spezialgesetzlich vorgesehen ist.
- die Prüfung von staatlichen Finanzhilfen (Subventionen) und Abgeltungen einschliesslich Leistungsvereinbarungen,
- die Prüfung des öffentlichen Beschaffungswesens,
- die Prüfung der internen Kontrollsysteme auf ihre Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit,
- die Prüfung von IT-Systemen hinsichtlich ihrer Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Funktionalität.

Die Geschäftsprüfungskommission und die Regierung können der Finanzkontrolle Aufträge für besondere Prüfungen und Abklärungen erteilen. Die Finanzkontrolle entscheidet nach Massgabe ihres ordentlichen Revisionsprogrammes, ob sie den Auftrag ausführt oder ablehnt.»

Folgendem Artikel des Finanzkontrollgesetzes gilt Beachtung:

Art. 9, Kriterien der Kontrolle

- 1) Die Finanzkontrolle übt die Finanzaufsicht nach den Kriterien der Ordnungsmässigkeit, der Rechtmässigkeit und der Wirtschaftlichkeit aus.
- 2) Im Rahmen von Wirtschaftlichkeitsprüfungen untersucht die Finanzkontrolle, ob:
 - a) die Mittel sparsam eingesetzt werden;
 - b) Kosten und Nutzen in einem günstigen Verhältnis stehen;
 - c) finanzielle Aufwendungen die erwartete Wirkung erzielen.

Ordnungsmässigkeit, Rechtmässigkeit und Wirtschaftlichkeit

Die Gesetzeslage ist wohl eindeutig. Dass die GPK zur Abklärung der Fakten, bis sie die geforderten Daten und Erklärungen bekommen hatte, sage und schreibe sechs Sitzungen brauchte, dürfte wohl auch eine Erklärung dafür liefern, dass die so genannte «Berater-Affäre» in einer ausserordentlichen Landtagssitzung vom 2. Juli kulminierte. Wer glaubt, dass unser Regierungschef Adrian Hasler noch im Amt wäre, hätte er sich mit allen erdenklichen Mitteln gegen Transparenz gestellt, wenn bei Ausgaben in seinem Budget Bedenken zu Ordnungsmässigkeit, Rechtmässigkeit und Wirtschaftlichkeit aufgekommen wären? Hätte er sich es leisten können, auf stur zu schalten und dazu noch öffentlich die GPK und die Finanzkontrolle zu kritisieren oder diese ins schiefe Licht zu rücken? Wohl kaum.

War es im Sinne aller Betroffenen

Fortsetzung auf Seite 2

EDITORIAL

Wir Liechtensteiner sind ja recht stolz auf unsere Demokratie, das dürfen wir auch sein, haben wir doch ein recht gut funktionierendes Staatsgefüge.

Die Demokratie wurde in ähnlich kleinen (Stadt-)Staaten im antiken Griechenland «erfunden». Die Griechen «wählten» ihre Magistrate bzw. ihre Regierung. Allerdings hatten die alten Griechen noch nicht das gleiche Verständnis von «wählen». Es war ihnen nicht wichtig, dass z.B. die Bürger von Athen Regierungschef oder Präsidenten wählen konnte. Die höchsten Ämter wurden in der Antike oft verlost. Es kam sogar vor, dass Männer zum Chef gewählt wurden, die gar nicht kandidierten.

Die Anzahl der Stimmen, die man als Kandidat bekam, geschweige denn der Stimmenanteil, den eine politische Partei erringen konnte, war den Erfindern der Demokratie noch gar nicht wichtig. Nicht die Mehrheit entschied, sondern das Los. Was den Erfindern der Demokratie aber wichtig war, das war die Rechenschaftspflicht. Die Magistrate hatten regelmässig Rechenschaft abzulegen.

In den ersten Demokratien, wie sie im alten Griechenland entstanden, war «documasia» das oberste demokratische Prinzip. Der Regierungschef wurde vielleicht ausgelost, er wurde vielleicht «gewählt», obwohl er gar nicht kandidierte und obwohl es keine Wahlen gab, wie wir sie heute kennen.

Aber von jedem Magistraten wurde erwartet, dass er Rechenschaft ablegt bzw. Transparenz an den Tag legt.

Und wenn dem Senat bzw. den Bürgern von z.B. dem alten Athen nicht gefiel, was der Magistrat in seinem Rechenschaftsbericht präsentierte, dann konnte das drakonische Konsequenzen haben. Im extremsten Fall wurde der Schierlingsbecher gereicht.

Das Demokratieverständnis hat sich glücklicherweise weiterentwickelt. Mann oder Frau darf antreten und sich freiwillig einer Kandidatur stellen. Als Bürgerinnen und Bürger können wir wählen, wer unsere Volksvertretung sein soll. Indirekt können wir in Liechtenstein auch wählen, wer uns regiert.

Wahltag, heisst es heute, ist Zahltag. Wenn die Wähler, heute die Bürgerinnen und Bürger, nicht zufrieden sind, dann geben sie es den Kandidaten an der Urne zu verstehen.

Wie im alten Griechenland erwarten die Wählerinnen und Wähler aber immer noch Transparenz und Rechenschaft. Was die Erfinder der Demokratie nicht mochten, mögen auch die Nachahmer der Demokratie nicht: Unehrliche Politik/Gemauschel

Demokraten, wie wir sie alle sind, erwarten gewissermassen einfach «Anstand». «Anstand» bedeutet aber nichts anderes als gutes Benehmen. Oder Höflichkeit. Der Philosoph Arthur Schopenhauer soll gesagt haben: «Höflichkeit ist ein Luftkissen: Es mag wohl nichts drin sein, aber es mildert die Stöße des Lebens.»

Politik ist schwierig. Einerseits erwarten wir Offenheit, Direktheit, Ungeschminktheit. Andererseits ist uns «Höflichkeit» lieber. Höflichkeit wattiert, dämpft, mildert.

Anstand oder Höflichkeit ist nicht die kalte, direkte Wahrheit. Deshalb war vielen Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern der Sonderlandtag, der zur Absetzung von Ministerin Frick führte, unangenehm.

Die kalten Fakten kamen direkt auf den Tisch.

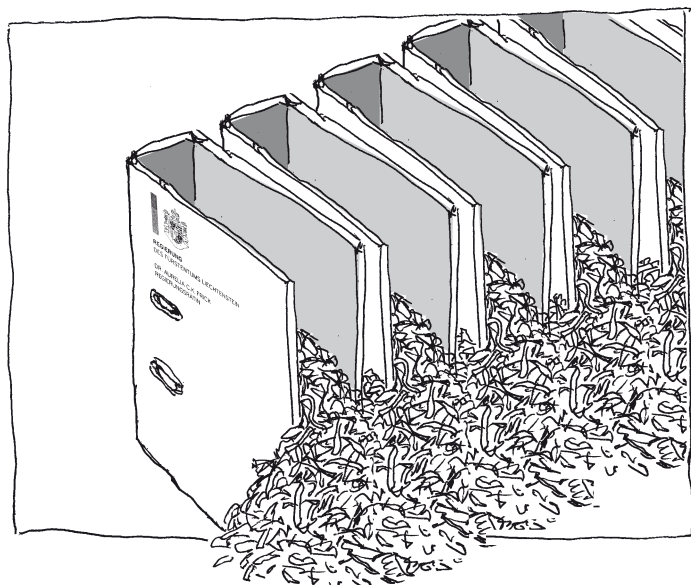
In Liechtenstein sind wir das nicht gewohnt. Man stelle sich das vor: Dem dienstältesten Regierungsmitglied wird nach einer über 7-stündigen Debatte im Landtag das Vertrauen entzogen.

Die Politik ist roher geworden. Wir brauchen nur nach Grossbritannien oder in die USA zu schauen. Aber das sind grosse Länder. Man kann in solchen Ländern ja immer noch auf Abstand gehen, wenn man's braucht.

In kleinen (politischen) Verhältnissen wie den unsrigen ist das schwierig. Das dürfte ein Grund sein, weshalb die Demokratie in kleinen Verhältnissen wie den unsrigen schwieriger sein könnte als in grossen, anonymen Gesellschaften.

VERANTWORTUNG (tragen und übernehmen)

Fortsetzung von Seite 1



Aktenablage im Justizministerium

die Sache öffentlich, in einer Sonderlandtagssitzung auszutragen? Nein. Wer war schuld oder verantwortlich, dass es zu diesem Showdown gekommen ist: die Finanzkontrolle oder die GPK? Hätte die GPK oder die Finanzkontrolle ganz einfach zuschauen und zuhören sollen, als die Justizministerin Frick der Öffentlichkeit in einer Rede vor dem Landtagsgebäude, via Pressekonferenzen und auch gezielten Interviews alles in Abrede stellte und sich als Opfer einer Männer-Verschönerung herauszureden versuchte? Wie gesagt, Verantwortung bedeutet in erster Linie mal Antworten auf Fragen zu geben. Ehrliche Antworten!

So sähe offene Kommunikation aus. Offene und ehrliche Antworten auf erste Fragen. Auch die Medien haben ihren Teil zu Unwahrheit beigetragen. Mal hiess es «Causa Frick», dann war von der GPK oder der Berater-Affäre die Rede. Was soll das heissen, «GPK-Affäre»? Die Medien, unsere Tageszeitungen präsentierten vorgefertigte Meinungen, ohne nur einen Ansatz von Hintergrundkenntnissen und Faktenlage. In dieser Hinsicht hat sich meiner Ansicht nach eine Journalistin des Radio L immer wieder sehr einseitig für die Ministerin ins Zeug gelegt. Von ausgewogener, journalistisch neutraler Berichterstattung, keine Spur. Noch immer wird die abgesetzte Ministerin dargestellt, als ob man ihr grösstes Unrecht angetan hätte. Vergessen wird die Tatsache, dass ein breit getragener Landtagsbeschluss zur Absetzung führte.

Sicherstellung der gesetzlichen Unabhängigkeit der Finanzkontrolle

Gemäss Art. 14 Abs. 4 des Finanzkontrollgesetzes informiert die Finanzkontrolle bei einer Feststellung von Mängeln oder Missständen von erheblicher finanzieller oder grundsätzlicher Bedeutung in dringenden Fällen den Regierungschef und den Vorsitzenden der Geschäftsprüfungskommission. Am Montag, den 1. Juli, einen Tag vor der Landtagssitzung wurde der Regierungschef und der Vorsitzende der GPK durch die Leiterin und den stellvertretenden Leiter der Finanzkontrolle brieflich kontaktiert. Besagter Brief lag am Dienstag morgen auf den Pulten der Landtagsabgeordneten. Aus dem Brief geht klar hervor, dass der ehemalige Generalsekretär von Aurelia Frick, wohl auf Anordnung der Ministerin Frick, erheblichen «Druck» auf diese unabhängige Stelle ausgeübt hatte. Die im Landtag versuchten Er-

klärungsversuche der Justizministerin bleiben einem da schon quer im Hals stecken und wen wundert's, wenn es da dem einen oder anderen Abgeordneten den Hut gelüpfelt hat. Aus gewissen Voten einzelner FBP-Abgeordneter könnte man meinen, dass genau dieser Brief dem Fass den Boden rausschlug!

Übersicht und Analyse der GPK betreffend das Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur

Die Mitglieder des Landtags erhielten zwei Berichte von der GPK mit dem Titel «Übersicht und Analyse der Geschäftsprüfungskommission betreffend das Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur». Einer davon mit dem Vermerk: Vertraulich. Trotzdem konnten die Landtagsabgeordneten über den Inhalt dieser beiden Berichte schon in der Zeitung lesen, bevor sie ihn selbst im Briefkasten hatten.

Es verwundert doch, dass eine Rechnung von CHF 641.60 der Firma Hair & Make-Up, die sich Ministerin Frick berappen liess, so ein grosses Thema war. Oder die Kosten im Hotels Kempinski oder Mandarin Oriental in München oder Hotel Sacher in Wien. Sicherlich kein Absetzungsgrund, doch widerspiegelte es doch auch ein bisschen dass nur das Beste gut genug war.

Es ist peinlich, dass der Landtag solchen Kleinkram diskutieren musste. Zu diskutieren wäre nur eines gewesen:

Aurelia Frick ist mit der GPK, Finanzkontrolle und der Volksvertretung Schlitten gefahren.

Sie war nicht offen und ehrlich, wie sie es gegenüber dem Aufsichtsorgan des Landtags, der GPK, hätte sein müssen. Sie hat die GPK wohl anfangs gar nicht Ernst genommen! Zu spät bemerkte sie, dass sie mit ihrer Verweigerungshaltung in eine Betonwand raste. Ob sie sechs- oder siebenhundert Franken für eine Hairstylinistin ausgegeben hat, ist irrelevant. Dass sie als Justizministerin den Landtag, die Volksvertretung, an der Nase herumgeführt hat – das geht nicht.

Jede Bürgerin, jeder Bürgerin hat die Möglichkeit, sich selber ein Bild von der ganzen Geschichte zu machen. Der 250-seitige Bericht der GPK ist «herunterladbar». Was im ursprünglich vertraulichen Bericht

der Geschäftsprüfungskommission an den Landtag stand, lässt nach den getätigten Erklärungsversuchen von Aurelia Frick mehr als nur einen faden Beigeschmack. Meines Erachtens waren es eben nicht die Franken und Rappen, welche ordentlich «belegt» waren, die der Ministerin das Genick brachen. Nein, es waren «geschwärzte» Aufstellungen, die kein Abgeordneter einfach akzeptieren konnte!

Was dazu kam: Sämtliche Erklärungsversuche der Ministerin waren nicht im Geringsten nachvollziehbar. Ich wage zu behaupten, wäre die Ministerin mit ihren Erklärungsversuchen nicht gegen eine Wand geprallt und hätte der Landtag anders entschieden, wären wir heute in einer noch «verflixteren» Position, da zwischenzeitlich klar ist, dass die Aussagen der Ministerin sich nicht mit Inhalt dem hinter der geschwärzten Positionen deckt.

Geschwärzt, gescannt, vernichtet.

1. Originalrechnung
2. Schwärzen des Originals
3. Scannen des manipulierten Originals
4. Vernichten des manipulierten Originals
5. Manipuliertes Original wir zum «offiziellen» Original.

Digitalisierung von Akten? Ja, die Landesverwaltung ist dabei, ihre Akten digitalisiert abzulegen, das kann aber nicht bedeuten, dass Originalakten vernichtet werden. Ein interessantes Detail:

Im Ministerium von Aurelia Frick war die digitalisierte Ablage bis am 2 Juli noch nicht eingeführt!

Nicht wie von Aurelia Frick ursprünglich behauptet, dass nur etwa 4 bis 5 Detail-Positionen der Rechnungen von PINARDEseminare geschwärzt wurden, waren es 21 Positionen! Frau Pinardi hatte sage und schreibe über 700 Stunden à CHF 200.00 verrechnet mit dem Inhalt: Vorbereitung Öffentlichkeitsarbeit (siehe Detail-Liste). Zahlbar 10 Tage nach Rechnungserhalt. Rein netto... Warum wurden die Detail-Listen sukzessive nach Erhalt durch den Schredder gelassen? Unter den vielen aufgelisteten Rechnungen der GPK-Analyse befand sich auch eine Rechnung einer bekannten Wirtschaftsprüfer-Firma, die 11 Stunden à CHF 400.00 für Coaching in verschiedenen betriebswirtschaftlichen Fragestellungen fakturierte. Lernt nicht ein 1. Jahr KV-Lehrling, dass die Detailliste ein integraler Bestand einer Rechnung ist? Wurde es dem Ministerium nach Überschreitung des Budgets für Kommunikationsberatung und auch des Gesamtbudgets ein bisschen zu heiss und man griff der Einfachheit halber einfach zum schwarzen Filzstift?

Diese Vorkommnisse führten dazu, dass die GPK die Originalrechnungen verlangte. Frau Pinardi schickte folgende Erklärung auf neutralem Papier:

CH-Pany, 14.6.19

Liebe Aurelia, mit diesen Zeilen bestätige ich Dir, dass Du meine Originaldokumente erhalten hast. Auf-

grund dieser Stundenabrechnungen habe ich Rechnung gestellt.
Liebe Grüsse, Maria

PS: Liebe Maria, könnte es möglich sein, dass du am Tag als Frau Ministerin Aurelia Frick ihr «Hair und Make-UP» für CHF 641.60 richten liess, eine Rechnung von 11 Stunden à CHF 200.00 an das Sekretariat der Regierungsrätin zukommen liess? Inhalt: Vorbereitung Öffentlichkeitsarbeit.

Frauenteam

In besagten geschwärzten Detail-Listen kommt der Name «Frauenteam» neun Mal vor! Was steckt denn wirklich hinter den Beratungskosten dieses sogenannten Frauenteam? Was wurde beraten, was wurde besprochen? Wie viele Frauen dieses sogenannten Frauenteam befanden sich am 2. Juli auf der Zuschauertribüne und benahmen sich linde ausgedrückt: unanständig. Wie viele dieser Frauen sind jetzt Mitglieder des Vereins für Anstand? Fingerzeigend und die Moralkeule schwingend. Benützen Sie das Trillerpfeifchen zu Hause auch um zu zeigen, wer denn die Hosen trägt?

Wie viele Frauen dieses sogenannten Frauenteam befanden sich am 2. Juli auf der Zuschauertribüne und benahmen sich linde ausgedrückt: unanständig!

Nochmals: Verantwortung heisst sich den Fragen zu stellen und sich nicht hinter einem schwarzen Filzbalken zu verstecken. Wenn jetzt eine Gruppierung aus solchen Leuten Neuwahlen fordert, ist es wohl ihr gutes Recht, aber bitte, wenn eine solche Gruppierung als Begründung von «missendem politischen Anstand» spricht, kommt sie schon selber sehr stark in Erklärungsnotstand. Vor allem aber im Erklärungsnotstand, wenn das Frauenteam dem Steuerzahler über den Inhalt ihrer Gespräche im Regierungszimmer von Dr. Aurelia Frick und Maria Pinardi berichten müssten. Mein Fazit: Wer Anstand fordert sollte zumindest bereit sein, ihn auch selber zu zeigen!

Unanständig?

Ein für Liechtenstein historischer Sonderlandtag, welcher zur Absetzung von Ministerin Frick führte, wurde «nur» von 23 von 25 Abgeordnete besucht. Klar, die Ferien hatten begonnen. Aber auch ganz klar war, dass diese Sitzung nicht sozusagen «über Nacht» angesetzt wurde und jedem Abgeordneten die «Brisanz» dieser Sitzung bewusst sein musste. In der Fraktion der Freien Liste liessen sich dann gleich zwei Abgeordnete ferienhalber entschuldigen. Was doch etwas sonderbar anmutete, ist die Tatsache, dass der Fraktionssprecher und das GPK-Mitglied der Freien Liste Georg Kaufmann sich zum Zeitpunkt dieser Landtagssitzung mit seinem Parteipräsidenten Pepo Frick in den «Radlerferien» in Frankreich befand. In Anbetracht dass Georg Kaufmann Mitglied der GPK war und über all Sachverhal-

te bestens informiert gewesen war, hätte er einen Tag seiner Radlerferien unterbrechen müssen und nach Liechtenstein reisen. Machbar wär dies alleweil gewesen! Dass er es nach seiner Rückkehr aus den Ferien für angebracht hielt, auf Radio Liechtenstein Kritik über die Abwahl von Frau Ministerin Frick zu üben, war dann doch mehr als schräg. Es zeigt halt eben nicht wie sein Parteikollege Lageder unlängst in einem Interview meinte: «Sie wollen selbst ans Ruder». Wohl besser wenn sie sich in Zukunft immer noch ans «Radeln» halten. Der FL-Abgeordnete Lageder blieb wenigstens seiner Linie treu und wie zuvor medial verkündet, dass er keinem Regierungsmitglied jemals das Vertrauen ausgesprochen habe, es auch dieses Mal nicht tat.

Thomas Lageder hat kein Vertrauen in die Regierung. Seine Partei habe die Regierung nicht gewählt. Aber kandidierte er bei den letzten Landtagswahlen nicht auch als Regierungsmitglied? Vertraut er der Regierung nicht, weil er nicht Regierungsmitglied wurde? Warum «vertraute» er der Regierungsrätin Frick und unterschrieb ihre Unterstützterliste? Thomas Lageder hat im Landtag die Regierungsrätin Aurelia Frick in den vergangenen Jahren immer wieder stark angegriffen (und, das darf man sagen, nicht zu Unrecht). Dass er sich dann plötzlich als «Aurelia-Fan» darstellt, gleichzeitig aber sagt, er und seine Partei vertraue der Regierung nicht – das soll jemand verstehen? Was sollen wir nun machen, sollte er sich in den kommenden Wahlen wieder als Regierungsmitglied portieren lassen? Vertrauen oder nicht vertrauen?

Fazit

Der Landtag hatte mit 21 Stimmen parteiübergreifend der Ministerin Aurelia Frick das Misstrauen ausgesprochen. Sie sei die einzige Ministerin, wie sie selber behauptete, welcher das Misstrauen ohne ein Missverhalten ausgesprochen wurde. Wir Liechtensteiner und Liechtensteinerinnen sind aber kein Volk wie es ihr Mann auf facebook ausdrückte: «Ein kleines Land durch Neid, Missgunst und Hinterlistigkeit durchtriebene Gesellschaft mit einem Frauenbild aus den Fünfziger Jahren und ohne Anstand und Kinderstube...»

Nein, der Landtag hat richtig entschieden! Die GPK und Finanzkontrolle haben den gesetzlichen Auftrag erfüllt Sie haben Mut bewiesen. Sie liessen sich nicht blenden und irren und vor allem aber hat er ausser «wenigen» Ausnahmen im Sinne der Sache und nicht im Sinne der Parteipolitik entschieden. Die Summe all der Fehlverhalten war zu gross! Von Einsicht keine Spur! Ich sage es nochmals, Ministerin Aurelia Frick hätte sich selber und dem Land einen Dienst erwiesen, wenn Sie aus eigenen Stücken zurückgetreten wäre. So hätte sie Verantwortung übernehmen können!

Parteipräsident = Regierungschef?

von Peter Wachter

Die Wahl von Boris Johnson zum Premier von Grossbritannien ist ein Skandal. Nachdem Theresa May das Vertrauen ihrer Partei, den Konservativen, verloren hatte und als Parteichefin zurücktrat, suchte sich die Partei einen neuen Präsidenten. Dieser wurde dann grad auch noch Premierminister. Gewählt wurde er von nicht einmal einem Prozent der Wähler seines Landes. 100 000 Mitglieder einer Partei entscheiden über das Schicksal eines ganzen Landes – man reibt sich die Augen.

Solche Vorgänge sind im höchsten Masse undemokratisch und es muss einen nicht wundern, wenn die Menschen die Lust an der Politik verlieren. Hierzulande ist es nicht besser: Der Aussen-, Justiz- und Kulturministerin Aurelia Frick wurde vom Landtag das Vertrauen entzogen. Alle, bis auf einen, Abgeordneten ihrer Partei, der FBP, stimmten für ihre Absetzung. Jetzt darf die FBP ein neues Regierungsmitglied suchen und vorschlagen.

In den nächsten Wochen werden eine Handvoll FBP-Delegierte in einem Hinterzimmer darüber ent-

scheiden, wer neu als Nachfolger oder Nachfolgerin von Ministerin Aurelia Frick in der Regierung unseres Landes sein wird.

Darüber, wer das Land regiert, sollte das Volk und nicht die Parteien entscheiden.

Die jüngsten Ereignisse in Liechtenstein (wie in Grossbritannien) zeigen, dass es an der Zeit ist, die Regierung durch das Volk wählen zu lassen.

Die Mitglieder einer Regierung, die durch das Volk gewählt wird, sind nicht in erster Linie den Parteien verpflichtet, sondern Bürgerinnen und Bürgern.

Liechtenstein wird seit Jahrzehnten von Schwarz-rot oder umgekehrt regiert. Auch wenn sie meistens herumstreiten wie ein altes Ehepaar, das die Scheidung verpasst hat, sind sie sich in einem einig: Das jetzige System gibt ihnen die Möglichkeit, Ämter und Pöstchen an treue Mitglieder zu verteilen. Darauf wollen sie auf keinen Fall verzichten.

Die Mitglieder einer Regierung, die durch das Volk gewählt wird, sind nicht in erster Linie den Parteien verpflichtet, sondern Bürgerinnen und Bürgern.

Heute ist es leider oft umgekehrt: Parteitreue zuerst.

Eine Direktwahl der Regierung ist in Liechtenstein, wo jeder jeden und jede kennt, möglich. Die Gefahr, irgendeinen Luftheuler zu Regierungschef zu wählen ist sehr klein. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein politischer Nobody, wie Aurelia Frick es vor zehn Jahren war, als die FBP sie als Regierungsrätin portierte, zur Aussen- und Justizministerin gewählt würde, ist wohl auch klein.

Wir Stimmbürgerinnen und -bürger überlassen zu viel den Parteien. Warum sollen die Parteien entscheiden, wer uns regiert?

Die Unabhängigen setzen sich für die Direktwahl der Regierung ein. Die Direktwahl der Regierung hätte etliche Vorteile.

Ein entsprechender Systemwechsel wäre auch möglich, ohne das von der Verfassung bestimmte Gleichgewicht zwischen den beiden Souveräne, Fürst und Volk, zu stören.

Direktwahl der Regierung: Wenn nicht jetzt, wann dann?

von Harry Quaderer

Diese Frage ist mehr als nur berechtigt. Anschliessend an die Ausführungen von meinem Parteikollegen Peter Wachter möchte ich noch folgende Überlegungen zur Direktwahl der Regierung ins Spiel bringen. Es müsste doch gerade ein Gebot der Stunde sein für unsere Grossparteien FBP und VU, jetzt über Direktwahlen nachzudenken. Es soll kein Verfassungsverstoss angezettelt werden, nein. Im Gegenteil es müsste eine Lösung gefunden werden, mit welcher Fürst und Volk einverstanden wären.

Den Parteien müsste es nach den jüngsten Vorkommnissen doch geradezu ein Bedürfnis sein, die Regierung durch das Volk wählen, vom Landtag bestätigen und vom Fürst ernennen zu lassen.

Natürlich käme durch die Direktwahl der Regierung Bewegung ins Machtgefüge zwischen Fürst und Volk. Bei einer Abwahl eines Regierungsmitglieds oder der Regierung müssten dann aber auch alle drei Instanzen mitwirken. Das wäre sicherlich keine leichte Aufgabe, aber das heisst doch nicht, dass eine Direktwahl der Regierung nicht machbar ist.

Neuwahlen, warum nicht?

Der Gruppierung, die Neuwahlen fordert, weil sie den nötigen politischen Anstand vermisst, kann ich gar nichts abgewinnen. Da sollten doch vor allem mal die VU und FBP Damen und Herren, die sich so sehr nach politischem Anstand seh-

nen, zuerst in ihren eigenen Reihen aufräumen.

Kann es sein, dass parteiübergreifende Sitzungen eines Frauenteam im Regierungsgebäude stattfinden, vom Steuerzahler bezahlt, doch niemand darf wissen, was der Inhalt der Gespräche ist? Kann es sein, dass eine Firma, deren Mitbesitzer der jetzige FBP-Präsident ist, über Jahre hinweg einen direkten «Geldbeschaffungsdraht» in das Regierungsgebäude legte? Wie kann es sein, dass eine ex-VU-Landtagsmandatarin sich jetzt als Stiftungsrätin vom LED und Landesmuseum selber Aufträge zuschanzt? Was halten denn die «Anständigen» von solchen Machenschaften?

Offensichtlich gibt es eine Machtkrise innerhalb der FBP, nicht nur zwischen FBP und VU. Wie könnte es sonst so gekommen sein, dass der Regierungschef und auch der Parteipräsident es nicht fertiggebracht haben, ihre Ministerin in die Koalition einzubinden? Man muss sich ja bewusst sein: Die Landtagsabgeordneten der FBP haben nicht einem Minister oder einer Ministerin der Koalitionspartnerin, der VU, das Vertrauen entzogen. Sie haben eine «Eigene» hinausgekickt.

Der Regierungschef meinte, die Ministerin, Mitglied seiner Partei, müsse wohl die Hosen runterlassen. In einem lauwarmen Interview erklärte Parteipräsident Marcus Vogt: «Fricks Absetzung hat mich sehr geschmerzt.» Mit der Aussage, dass «es auch in der FBP viele Stimmen gab, die sich über das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten und die Partei aufgeregt haben», wurde der parteiinterne Kollateralschaden in keinsten Weise kuriert! Warum hört man aus der VU-Zen-

trale über Wochen keinen Muck? Staatsräson oder politisches Kalkül? Hätte denn nicht gerade die VU jetzt auf den Neuwahlen-Knopf drücken müssen?

Nur die Freie Liste spekuliert schon mal lauthals damit, bei den nächsten Wahlen an den Machtschalter zu kommen. Wird es eine eine rot-weisse Koalition geben? Rosarot. Möglich ist es. Es sind nicht nur Albträume.

Zu guter Letzt dürfte man sich auch noch die Frage stellen, warum haben eigentlich nicht die Koalitionspartner FBP und VU den Misstrauensantrag gestellt? Die VU stimmten dem Misstrauensantrag geschlossen zu, bei der FBP gab es eine Gegenstimme zu dem von mir gestellten Misstrauensantrag. Hätten FBP und VU, als Koalitionspartner, ihre politische Verantwortung nicht besser wahrnehmen können, indem sie in gemeinsamer Erklärung einen Misstrauensantrag gestellt hätten?

Die FBP und die VU haben die Aussen-, Kultur- und Justizministerin abgesetzt. Der Vertrauensentzug im Landtag war nur mit den Stimmen der FBP- und VU-Abgeordneten möglich. Aber weder die FBP noch die VU hatten den Mut, den Misstrauensantrag zu stellen. Stundenlang wurde im Sonderlandtag diskutiert und laviert. Aber die Vertreter der Koalitionäre FBP und VU hatten nicht die Grösse oder Kraft, den Misstrauensantrag gegen eine Ministerin ihrer Koalitionsregierung zu stellen.

Als der Misstrauensantrag gestellt war, stimmten sie aber zu. Was soll man als Wähler von so einem Verhalten halten?



Landesspital: Wie rechnen eigentlich die Verantwortlichen?

von Jack Quaderer

In Grabs werden zurzeit 159 Mio. in das Spital investiert. Das Krankenhaus in Grabs ist ein Spital des Kantons St. Gallen und gehört zur Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland. 10 Mio. für die Erneuerung des Krankenhauses kommen von einer privaten Person aus Liechtenstein. Diese Person investiert in die ambulante Krebstherapie.

Grabs liegt ca. 5 km Luftlinie von unserem Landesspital entfernt, hat finanzstarke Donatoren aus Liechtenstein, aber wir als Staat sind nicht im Stande die Chancen zu nützen und eine sinnvolle Kooperation mit Grabs zu schmieden.

Dem Landtag wird für die September-Sitzung ein Projekt vorgelegt, für das er einen Kredit von 72 Mio. sprechen soll. Auf dem so genannten Wille-Areal bei der alten Holzbrücke über den Rhein in Vaduz soll ein neues Spital gebaut werden. Man sollte dabei nicht vergessen, dass der Boden vom Wille-Areal damals 30 Mio. gekostet hat. Den Herren Mauro Pedrazzini und Michael Ritter gefällt ein Spital mit Kiesgrubenflair für 100 Mio. anscheinend besser.

Wenn dieser Spitalneubau kommt, dann wird er ein Denkmal an unsere Jugend sein, die es zu finanzieren haben wird. Jahrzehnte lange Misswirtschaft im Gesundheitswesen soll nun mit einem neuen Spital auf dem ehemaligen Kieswerk korrigiert werden?

Es ist mit einem jährlichen Defizit von CHF 5 bis 8 Mio. zu rechnen.

Das ist aber nur der finanzielle Aspekt. Was kann uns aber ein neues Spital über die Qualität der Patientenbetreuung sagen? Nichts. Wenn wir die Fallzahlen nicht erreichen, dann müssen wir wohl davon ausgehen, dass die Qualität der medizinischen Versorgung nicht so hoch sein kann wie z.B. eben in einem Spital wie in Grabs. Wenn die Fallzahlen nicht erreicht werden, sind die Prozeduren für den Patienten mit einem überdurchschnittlich hohen Risiko verbunden. Unser Spital war die letzten Jahre immer wieder in den Schlagzeilen. Es gab einen Gerichtsfall, in welchem der stellvertretende Chefarzt dem Chefarzt aktive Sterbehilfe vorwarf und zuletzt im unrühmlichen Abgang der

Chefarztin Yldiz mündete. Solche «Personalprobleme» brauchen wir nicht.

Unser Land fährt eine Konkurrenzstrategie, sogar die Geburtenabteilung soll wieder nach Vaduz. Auf der Schweizer Seite werden unrentable Spitäler geschlossen oder zusammengelegt und bei uns will man ein neues bauen, weil der bisherige Standort in Vaduz nicht mehr gut genug sein soll und obwohl eine private Klinik vor wenigen Monaten bankrott gegangen ist. Wie rechnen die verantwortlichen Leute? Rechnen sie überhaupt?

Finanziell musste der Landtag das Spital 2018 vor dem Kollaps retten. Beim heutigen Standort unseres Landesspitals wurde in den letzten Jahren sehr viel Geld investiert und verbaut und nun wird von einem Abbruchobjekt geredet. Das ist eine Frechheit.

Es muss unbedingt zuerst über eine neue Strategie nachgedacht werden. Die Frage ist doch, was braucht unser Land für die Zukunft

Dafür braucht es aber neue Köpfe an der Front des Stiftungsrates. Leute die unbelastet und mit gesundem Menschenverstand sich der Sache annehmen.

Es wird immer wieder ins Feld geführt, dass wir ein souveräner Staat sind und ein Spital unverzichtbar sei. Dazu muss ich Folgendes beifügen:

Wir sind von spitzen Kliniken und Spitälern umgeben.

Ich behaupte, dass mindestens 50% der Liechtensteiner, wenn sie zu einem Spitalaufenthalt gezwungen sind, sagen, dass sie doch lieber nach Grabs möchten!

Der Landtag soll den «Verpflichtungskredit Landesspital» unbedingt auch dem Volk zur Abstimmung vorlegen. In den vergangenen Jahren wurde immer wieder abseits vom Volk entschieden – vom Stiftungsrat, von der Regierung, vom Landtag. Die Bürgerinnen und Bürger sollen jetzt endlich mal die Möglichkeit haben, ihre Meinung zum «Landesspital» durchzugeben.